

Abschlussbericht der  
Enquetekommission  
„Demographischer Wandel -  
Herausforderungen für die  
Landespolitik“

Zusammenfassung zentraler  
Kapitel aus Sicht des  
Landesjugendrings

# Zusammenfassung von Vorwort und Demografischen Grunddaten und Projektionen

## Vorwort

Das durchaus lesenswerte und mit einigen politischen Aussagen gespickte Vorwort nimmt zunächst eine Einordnung der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Themas vor. Der Vorsitzende Hermann Seimetz MdL und die stellvertretende Vorsitzende Marianne Wonnay MdL beschreiben die Entwicklung des Demografischen Wandels vom „kollektiv verdrängten“ zum „Mega-Thema“, das als Querschnittsthema alle Politikbereiche berührt. Dabei gebe es keinen Grund zur Panikmache, wohl aber die Notwendigkeit den demografischen Wandel als erstes Thema wahrzunehmen und anzunehmen. Prof. James W. Vaupel wird mit folgendem Vergleich des Prozesses mit dem Gezeitenwechsel an der Nordsee zitiert: „Die Flut steigt zwar langsam, aber stetig und unaufhaltsam. Die zentrale Gefahr stellt dabei nicht der demografische Wandel an sich dar, sondern vielmehr die demografische Ignoranz.“ Es geht also darum, „die mit dem demografischen Wandel verbundenen Veränderungen als Chance zu begreifen, die es anzupacken und konstruktiv zu gestalten gilt.“

Konstruktiv heißt nach Auffassung der Autoren, dass das Rezept der „mehr öffentlichen Mittel“ bei diesem Thema nicht angesagt sei. Konstruktiv heißt aber vor allem, dass Kinder ökonomisch, emotional und psychologisch die Zukunft unseres Landes sind - eine Erkenntnis, die mit der Aussage ergänzt wird, dass bestimmte Kosten im Bildungsbereich deshalb durchaus zunächst ansteigen können. Es wird deutlich gemacht, dass Kinder kein Armutsrisiko sein dürfen, dass ihnen bei der Gestaltung des Gemeinwesens hohe Priorität einzuräumen sei, dass eine gesellschaftliche generative Abhängigkeit besteht, die uns nicht gleichgültig sein kann. Das Vorwort schließt mit der Proklamation des Ziels, dass der Bericht zur Bewusstseinsbildung beitragen soll und endet mit dem Satz: „Demografie geht uns alle an.“

## Demografische Grunddaten und Projektionen

### a) Bisherige demografische Entwicklung in Baden-Württemberg

Die Einwohnerzahl von Baden Württemberg erhöhte sich seit der Gründung 1952 bis heute von etwa 6,6 Mio. auf knapp 10,7 Mio. Einwohner und damit um 65%. Das ist die mit Abstand höchste Zunahme aller Bundesländer.

Diese Zahl resultiert zu zwei Dritteln aus Wanderungsgewinnen und zu einem Drittel aus einem Geburtenüberschuss.

Gründe für die Wanderungsgewinne: Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Asylbewerber, Aussiedler

Gründe für den Geburtenüberschuss: nicht eine hohe Geburtenrate sondern die deutliche Abnahme der Sterbefälle.

Seit 1990 kommen viele Menschen aus dem Osten. Das sind überwiegend junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren sowie minderjährige Kinder. (zusammen 70%)

Derzeit besteht nur ein geringer Geburtenüberschuss, die Wanderung geht leicht zurück, die Bevölkerung wächst nur noch langsam um 0,3% 2003 und um 0,2% in 2004. Die Schwäbische Zeitung schrieb augenzwinkernd: „Die Baden-Württemberger vermehren sich weiter. Allerdings weniger Kraft ihrer Lenden, sondern mittels Umzugskartons.“

Die Bevölkerung geht also erst mal nicht zurück, aber sie wird deutlich älter. Lag 1959 das Durchschnittsalter noch bei 34,3 Jahren, so ist es bis Ende 2004 auf 41,1 Jahre angestiegen. Seit dem Jahr 2000 leben erstmals in der Landesgeschichte mehr 60-jährige und ältere Menschen in Baden-Württemberg als unter 20-Jährige. Beim Durchschnittsalter bestehen allerdings große regionale Unterschiede

### b) Bevölkerungsvorausrechnung in Baden-Württemberg bis zum Jahre 2050

Grundlage von Voraussagen sind immer drei Faktoren:

- das generative Verhalten (Geburtenhäufigkeit/ Fertilität)
- die Sterblichkeit (Mortalität)
- die Mobilität (Wanderung)

Die Vorausberechnungen haben sich bisher als recht zuverlässig erwiesen. Das Statistische Landesamt stellte eine Modellrechnung von 2001 bis 2050 an. Der Berechnung liegt zugrunde eine

- Fertilität von 1,3 Kindern pro Frau
- eine weiter zurückgehende Mortalität
- ein Wanderungssaldo von plus 38.000 Personen (Variante 1, die von der Kommission zugrunde gelegt wurde und eher als zu hoch eingeschätzt wird.)

Selbst wenn sich die Fertilität erhöhen sollte wirkt sich das nur „träge“ aus. Die Mortalität ist von einem stetigen Anstieg der Lebenserwartung geprägt. Ein wesentlicher Grund liegt in der deutlich verringerten Säuglingssterblichkeit. Kritische Stimmen merken an, dass noch nicht abzuschätzen ist wie sich der teils schlechte Gesundheitszustand von Jugendlichen hierbei auswirkt.

Ab 2025 werden die Sterbefallüberschüsse die Wanderungsgewinne übertreffen. Nach geringfügiger Zunahme werden im Jahr 2050 wieder etwa gleich viele Menschen wie heute im Land leben.

Die größte Herausforderung wird somit die Veränderung der Altersgliederung der Gesellschaft. Die Zahl der unter 20-Jährigen würde bis 2050 um ein Viertel auf 1,73 Mio. Menschen abnehmen. Die Zahl der 60-jährigen und älteren Menschen würde um 60% auf 3,95 Mio. anwachsen. Der Altersschnitt würde sich auch bei höherer Wanderung nicht groß verändern.

Aus diesen Zahlen lässt sich nun ein Altenquotient, ein Jugendquotient und aus der Summe der beiden der Unterstützungsquotient errechnen. Bezugsgröße ist jeweils die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 20 und 60 Jahren.

2003 standen 100 Erwerbsfähigen etwa 82 zu unterstützende gegenüber. Bis 2030 erwarte man 100 zu 100 und bis 2050 haben 100 Erwerbsfähige 111 zu unterstützende Menschen zu versorgen. Als wesentliche Stellschraube hierfür wird das Renteneintrittsalter beschrieben.

Das Durchschnittsalter wird 2050 bei ca. 48,6 Jahren und damit um acht Jahre höher als heute liegen. Dabei wird es vor allem ab 2025 sehr viele Hochbetagte (über 85) und

Es wird keine Region in Baden-Württemberg geben, in der die Entwicklung wesentlich anderes verlaufen wird als im Landesdurchschnitt. Der Bericht konstatiert aber einen Wettbewerb der Städte und Gemeinden sowie große regionale und sehr kleinräumige Unterschiede in der Altersaufteilung der Gesellschaft.

Zum Schluss des Kapitels wird festgestellt, dass Zuwanderung die demografischen Probleme nicht lösen kann, weil dafür 170.000 bis 180.000 Menschen pro Jahr gebraucht würden...

Auch mit mehr Geburten sei letztlich wenig zu machen, wegen der zeitverzögerten Wirkung auf die Bevölkerungsentwicklung.

Es sei also, wie der Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg formuliert hat bereits „30 Jahre nach Zwölf“

## **Zusammenfassende Bewertung des Kapitels Bildung**

Ausgehend vom Kapitel demographische Daten, in dem es u.a. heißt „jeder junge Mensch wird zum Wertschöpfungsprozess benötigt“, gilt es an den Stärken anzusetzen und diese auszubauen und deswegen heißt es: fördern und fordern. Es werden folgende Herausforderungen im Bereich Bildung genannt:

1. Am Kindergarten ansetzen, vom Kindergarten zum Bildungsgarten
2. Leistungsschwache und überdurchschnittlich Begabte gezielt fördern, hin zu einer präventiven Bildungspolitik.
3. „Humankapital“ älterer Menschen nutzen - , gegen einen vorzeitigen Ruhestand.
4. Lebenslanges Lernen wird zwingend. Dies stellt neue Anforderungen an Wissenserwerb und Weiterbildung.

Im Anschluss daran werden konkrete Bereiche aus der Anhörung beschrieben, aus denen sich konkrete Forderungen ableiten lassen. Wenn diese formuliert sind, sind sie zumeist in einer zurückhaltenden Form mit „sollen“ und „können“ formuliert. Hier werden folgende Felder umrissen:

1. Bildungsmaßnahmen müssen möglichst früh einsetzen  
Lern- und Bildungsmaßnahmen müssen bereits im Vorschulalter einsetzen. Hier erfolgen zentrale Weichenstellungen für die Bildungskarriere und damit Lebenschancen.
2. Aufwertung und Weiterentwicklung der Kindergärten - vom Kindergarten zum Bildungsgarten, ohne Verschulung.  
Hier werden Grundsteine gelegt. Zentral ist der Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen. Er soll bis

2009/2010 umgesetzt sein. Weitere Konsequenzen im Bereich

„Qualifizierung/Standards“ und zur Verzahnung mit der Grundschule werden genannt.

3. Besondere Bedeutung der frühkindlichen Bildung und Erziehung für Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwierigen Verhältnissen  
Dieser Abschnitt ist nur beschreibend und ohne Konsequenzen.
4. Sprache als zentraler Bildungs- und Chancenfaktor  
Wird in seiner Bedeutung beschrieben, so im Hinblick auf frühkindliche Entwicklung als auch auf positive Entwicklungen zur zweisprachigen Sprachvermittlung.
5. Bildungsbegriff muss umfassend verstanden werden  
Hier werden die für uns ersten zentral wichtigen Aussagen getroffen. Der Unterscheidung zwischen formeller, non formeller und informeller Bildung und dass 70 % der Lernprozesse außerhalb der Institution Schule erfolgen. Es folgt der Satz: „Von daher muss bei einer differenzierten Diskussion über das Thema Bildung neben der schulischen Bildung insbesondere immer auch der außerschulische Bildungsbereich (non formale Bildung) – wie beispielsweise die außerschulische Jugendbildung – mit berücksichtigt werden.“
6. Konzentration der schulischen Bildungsphase, Verbesserung der Bildungsqualität  
Hier wird zunächst auf G 8 und lebenslanges Lernen eingegangen sowie eine breite Allgemeinbildung mit dem Schwerpunkt einer eingeübten Kompetenz zur Lösung von Problemen als Schlüsselqualifikation eingefordert.  
Es folgen Aussagen zum erwarteten Schülerrückgang in den nächsten Jahren. Dies „bietet die prinzipielle Chance, die Unterrichtsversorgung ... zu verbessern, sowie stärkere Akzente in der außerschulischen Jugendbildung zu setzen.  
Qualitätsorientierte Ansätze können insbesondere ... ein deutlicher Ausbau der Ganztagsangebote sein. Im Sinne einer vernetzten Bildungslandschaft wird es künftig verstärkt darauf ankommen, dass Schulen und außerschulische Bildungsinstitutionen stärker und enger kooperieren. Hierfür sind verbindliche und belastbare Kommunikationsstrukturen anzustreben.“ Dafür ist es notwendig, die rechnerisch freierwerdenden Finanzmittel im Bildungsbereich zu belassen. Es bleiben aber finanzielle enge Spielräume, die zusätzliches hauptamtliches Personal begrenzen. „Hier bieten sich verschiedene Formen des bürgerschaftlichen Engagements, wie z.B. das Generationen übergreifende Lernen an ... Zu denken ist insbesondere für den Bereich von schulischen Ganztagsangeboten auch an die Einbindung von Angeboten der offenen Jugendarbeit, von Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei muss allerdings eine hinreichende Qualität und Kontinuität des von schulexternen Institutionen geleisteten Engagements sicher gestellt sein.“
7. Generationen übergreifendes Lernen  
Hier ist vor allem die schulische Ausbildungsphase gemeint. „Senioirexperten“ sollen jungen Menschen lernen helfen und umgekehrt junge Menschen älteren Menschen beim Umgang mit modernen Technologien Hilfestellung leisten. Dies wäre auch ein Beitrag zur Förderung der Kommunikation zwischen jungen und alten Menschen im Sinne eines intergenerativen Dialogs, der notwendig ist (gemeinsames lebenslanges Lernen statt Generationenkampf).
8. Lebenslanges Lernen  
In der Beschreibung wird vor allem auf die erstmalige formelle Bildung sowie die Weiter- und Fortbildung abgehoben. Erst in einem Unterabschnitt wird dieser Begriff geweitet und erläutert, dass sich das Lernen auf die Gesamtheit aller formellen und informellen Formen des Lernens bezieht. Es werden eine Reihe von Vorschlägen aufgelistet: Entwicklung vernetzt, regionale arbeitende Weiterbildungssysteme, institutionelle Lern- und Beratungsangebote, modulare Lernsysteme und Lernbausteine und auch hier der Hinweis, dass es für alle Altersgruppen, auch für zunehmend ältere Menschen gilt, entsprechende Angebote vorzuhalten.
9. Altersmix statt überholtes Defizitmodell des Alterns  
Umfasst die Forderung nach einer integrierten Personalpolitik und gemischte Altersstrukturen in Betrieben.
10. Bildungsmaßnahmen nach dem aktiven Berufsleben  
Unsere Gesellschaft braucht alle verfügbaren gesellschaftlichen Potenziale. Dies gilt auch für Menschen, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind in Verknüpfung mit Formen des bürgerschaftlichen Engagements, hier sind entsprechende Bildungsangebote notwendig.

In all diesen Aussagen verbergen sich Forderungen, ohne sie schon konkret zuzuspitzen. Dies soll wohl im Kapitel Handlungsempfehlungen des Berichts erfolgen. Die Details dieses Kapitels fehlen noch, aber aus dem bisher Vorliegenden generellen Teil kann man als Stichworte herauslesen:

- aktivierende Familienpolitik
- Bürgergesellschaft
- keine weitere Verschuldung
- stärkere politische Schwerpunktsetzung nach dem Kriterium der Sicherung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit, gegen Besitzstandsdenken
- kinder- und familienfreundliche Politikgestaltung, Kinder einen höheren Stellenwert einzuräumen

Damit bleibt der Bericht weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Ohne Geld geht hier nichts.

## **Zusammenfassung Handlungsfeld V - Gesellschaft**

(Der nachfolgende Text besteht aus Zitaten oder einer leicht abgeänderten Schreibweise, immer mit dem Versuch, keine entstellenden Aussagen zu machen.)

Ein Trend der sich signifikant fortsetzen wird ist, dass Ehepaare mit Kindern (mind. eins) weiter zurückgehen werden: 1972 = 54%, 2003 = 36%. Für einen stetig steigenden Teil der Bevölkerung sind Kinder zu einer außerhalb ihrer unmittelbaren täglichen Lebensbezüge liegenden Bevölkerungsgruppe geworden. Nur 27 % der Kinderlosen haben höchstens drei- bis viermal im Jahr Kontakt zu Kindern.

Persönliche Anmerkung: Diese Teile der Bevölkerung werden nur schwer oder überhaupt nicht die Bedeutung von Jugendarbeit verstehen.

Vor allem Städte mit 100000 Einwohnern und mehr sind zu „kinderarmen Zonen“ geworden. Der Anteil der Ehepaare mit Kindern ist um ein Drittel weniger als im Landesdurchschnitt.

Logische Folge der Entwicklung: immer mehr Menschen leben allein. In den beiden vergangenen Jahrzehnten hat sich ihr Anteil um rund 63% erhöht.

In unserer Gesellschaft hat sich eine allgemeine Gleichgültigkeit entwickelt, ob sich jemand für oder gegen Kinder entscheidet, das wird als eine ausschließlich private Angelegenheit betrachtet. Es gibt keine normative Verbindlichkeit mehr, Kinder zu bekommen

Es zeigt sich vor allem im deutschen Kulturkreis ein perfektionistisches Leitbild. Paare entscheiden sich lieber gegen ein Kind, bevor sie es ihm „zumuten“ wollen, in weniger optimalen Verhältnissen aufzuwachsen.

Andererseits gilt aber auch, dass kinderreiche Familien und Alleinerziehende in Deutschland zu den Gruppen gehören, die am stärksten von relativer Einkommensarmut betroffen sind.

Angesichts der sozialen Sicherungssysteme wurde das von einem Experten auf die Formel gebracht: „Von Kindern profitiert, wer keine hat.“

Entgegen landläufiger Meinung ist die Geburtenrate bei ausländischen Frauen inzwischen auch nicht mehr höher als die der deutschen Frauen. Sie ist rapide zurückgegangen und hat auch schon mal das ohnehin niedrige Geburtenniveau der Deutschen sogar unterschritten.

Zuwanderung ist kein geeignetes Mittel, die bevorstehenden erheblichen gesellschaftlichen Alterungsprozesse wesentlich abzufedern oder gar aufzuhalten. Integrationsprobleme bestehen insbesondere bei der zweiten und dritten Zuwanderergeneration. Probleme im schulischen und im beruflichen Bereich werden deutlich. Abgrenzungstendenzen und Parallelgesellschaften werden zunehmend problematisch.

Die bevorstehende gesellschaftliche Alterung stellt ein in der Menschheitsgeschichte bisher einmaliges Ereignis dar, für das es kein geschichtliches Vorbild und auch keine abgesicherten Erfahrungswerte gibt.

Die 10. Synode der EKD formuliert: „Hohe Staatsverschuldung und zunehmende Anforderungen an unsere sozialen Sicherungssysteme sind eine Bürde für die künftigen Generationen. Zur Generationengerechtigkeit gehört, dass Jüngere nicht übermäßig belastet werden. Jüngere müssen stärker an den Entscheidungen teilhaben, die ihre Zukunft betreffen. Genauso kann unsere Gesellschaft in Zukunft nicht auf das Engagement der Älteren nach der Familien- und Berufsphase verzichten.“

### **Sachverständige**

(ebenfalls eine knappe Zusammenfassung )

### **Esche:**

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die öffentliche Hand in der Lage sein wird, die demografischen Belastungen durch zusätzliche Ausgaben abzufedern. Die Herausforderungen in der Sozial- und Jugendhilfe werden wachsen, die Partizipation der Bürger wird verstärkt werden müssen. Es wird nicht mehr möglich

sein, dass wie bisher rund 70% der pflegebedürftigen Menschen in der Familie gepflegt werden.

**Scherer:**

Die Kinderbetreuung hat sich zu einem bedeutenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunfts- und Wettbewerbsfaktor entwickelt. Deshalb wird es trotz leerer Kassen zwingend sein, mehr als bisher in die Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern zu investieren.

Die ersten sieben Lebensjahre sind grundlegend und entscheidend für ein späteres persönlich wie beruflich gelingendes Leben.

Der Kindergarten muss ein eigenständiges Bildungs- und Erziehungssystem die entscheidende Drehscheibe zur Aneignung und Einübung von unabdingbaren Kenntnissen und Fertigkeiten bilden.

**Miegel:**

Ein Drittel der nachwachsenden Generation ist nicht qualifiziert, die in einer hoch entwickelten Gesellschaft notwendigen Funktionen zu übernehmen. Ein weiteres Drittel ist nach dem Schulabschluss noch qualifizierungsbedürftig.

**Oberndörfer:**

In Baden-Württemberg müssen ca. 14 - 15 % der Bevölkerung als Ausländer bewertet werden. In 20 - 30 Jahren wird in den Großstädten Gebiete geben, in denen Menschen ausländischer Herkunft die Mehrheit stellen werden.

Entscheidend ist, dass ein Zuwanderer sagt: „Das ist meine Heimat. Ich bin Deutscher ohne Wenn und Aber.“

Die Schweiz hat einen Ausländeranteil von rund 21 % und eine Arbeitslosenquote von 5,6 %.

## **Zusammenfassung des Kapitels Finanzen und öffentliche Haushalte**

Der Finanzteil hat zwei Schwerpunkte: Das Thema Verschuldung und das Thema Pensionslasten. Bei beiden werden beunruhigende Zahlen präsentiert, ohne dass daraus auch weit reichende Konsequenzen gezogen werden.

### **1. Pensionen**

#### **1.1 Entwicklung der Zahl der Empfänger**

Aufgrund der demographischen Entwicklung leben die Pensionäre und ihre Angehörigen länger. Zudem kommen in den nächsten Jahren außerordentlich viele Beamte in den Ruhestand, so dass sich die Zahl der Versorgungsempfänger stark erhöhen wird:

1990: 59.000

2005: 81.000

2025: 142.000

nach 2025 geht die Zahl leicht zurück.

Die Pensionsverpflichtungen müssen als implizite Schulden betrachtet werden.

#### **1.2 Entwicklung der Zahlungen**

Schon zwischen 2004 und 2005 ergab sich eine Erhöhung der Zahlungen durch das Land um 8,5% (2004 2,86 Mrd.; 2005: 3,1 Mrd.). Rechnet man die Pensionsverpflichtungen hoch, ergibt sich je nach Höhe der angenommenen Steigerung folgender Zahlungsbedarf:

Ausgangszahlungen 2005: 3,1 Mrd.

Steigerung um 0%: 2025: 5,4 Mrd.

Steigerung um 1%: 2025: 6,6 Mrd.

Steigerung um 2,5%: 2025: 9,3 Mrd.

### **2. Schulden**

Im Jahre 2004 zahlte das Land ca. 2 Mrd. Zinsen (das entspricht in etwa der Kreditaufnahme des Landes). Diese hohe Zahl droht aus verschiedenen Gründen auch ohne zusätzliche Verschuldung noch weiter in die Höhe zu gehen:

Höhere Zinsen

Herabstufung der Kreditwürdigkeit

Höherer Zuschussbedarf für Rentenversicherung, der auch zu Lasten der Länder finanziert wird

Ein Gutachten des Bundes der Steuerzahler kommt zum Ergebnis, dass B-W eine „wenig zukunftsorientierte Fiskalpolitik“ macht. Gründe für die schwierige Lage sind die Versorgungsausgaben und der Länderfinanzausgleich (auch der Beitrag für den Länderfinanzausgleich entspricht dem der Nettoneuverschuldung).

Diese Studie hat auch ermittelt, dass B-W ohne Gegenmaßnahmen bis zum Jahre 2025 über 22% seiner Einnahmen für Pensionszahlungen aufbringen werden muss. Da die Wirtschaftswissenschaft davon ausgeht, dass eine schrumpfende und älter werdende Gesellschaft weniger Wirtschaftswachstum erzeugen kann, geht man davon aus, dass die demographische Entwicklung zu einer Vergrößerung der Verschuldung führen wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass sich Politik schwer damit tut, Einschränkungen bei der älteren Generation vorzunehmen, da sie vor allem von dieser gewählt wird. Dazu sagt Roman Herzog (!) in der FAZ (!) vom 31.08.05 unter dem Titel „Die Rentner sind sich zu sicher“:  
*„Die deutschen Wahlen werden mehr und mehr von älteren, ja alten Leuten entschieden, die unter den Folgen unterlassener oder verspäteter Reformen wesentlich weniger zu leiden haben als die Angehörigen jüngerer Generationen und bei denen man nicht einmal Sorge für Kinder und Enkel voraussetzen kann - weil sie solche oft überhaupt nicht haben. Ins Extrem weiter gedacht, müsste diese Entwicklung unseren dynamisierten Gesellschaften die Überlebensfähigkeit nehmen.“*

Die Experten empfehlen allgemein eine (teilweise drastische) Rückführung der öffentlichen Haushalte. Ein Institut hat errechnet, dass B-W entweder 17% höhere Steuereinnahmen haben müsste oder eben die Ausgaben um 17% reduzieren müsste um keine Nachhaltigkeitslücke zu produzieren.

Herr Esche von der Bertelsmannstiftung brachte auch die Einnahmeseite ins Spiel. Er betonte, dass in Deutschland relativ niedrige Steuern bezahlt werden:  
Steuern auf Vermögen: Deutschland: 0,9% Großbritannien: 3,9%  
Steuern für Unternehmen: Deutschland: 20,9% EU: 29,1%  
Steuern auf Konsum: Deutschland: 18,3% EU: 22,6%

Die Steuerquote (Verhältnis von BIP zu Steuerzahlungen) ist in Deutschland mit 21,7% sehr niedrig im Vergleich zu Schweden (35,3%, Großbritannien (19,8%) und Frankreich (27,7%)

### **3. Die Allgemeinen Handlungsempfehlungen (III.)**

Entgegen den drastischen Beschreibungen sind die Handlungsempfehlungen relativ vage. Es werden verschiedene Mechanismen diskutiert, mit denen die Ausgaben des Landes begrenzt werden könnten (allerdings mit eher negativem Ergebnis). Immerhin ist im Spektrum der Finanzen das Stichwort: „Keine Fortführung der Verschuldungspolitik“ genannt. Was da konkret rauskommt, wird zu sehen sein.

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.

### **Autoren der Texte**

Zusammenfassung von Vorwort und Demografischen Grunddaten und Projektionen:  
Berthold Frieß

Zusammenfassende Bewertung des Kapitels Bildung:  
gez. Mike Cares

Zusammenfassung Handlungsfeld V - Gesellschaft:  
Kurt Spätling

Zusammenfassung des Kapitels Finanzen und öffentliche Haushalte:  
Jochen Mack

**V.i.S.d.P.:** Berthold Frieß, LJR-Vorsitzender

Stuttgart, 15.12.2005